



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

NAT/198
"Integrierte Produktpolitik"

Brüssel, den 10. Dezember 2003

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

zu der

**"Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Integrierte
Produktpolitik: Auf den ökologischen Lebenszyklus-Ansatz aufbauen"**

KOM(2003) 302 endg.

Die Kommission beschloss am 18. Juni 2003, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

"Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Integrierte Produktpolitik: Auf den ökologischen Lebenszyklus-Ansatz aufbauen"
(KOM(2003) 302 endg.).

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz nahm ihre Stellungnahme am 13. November 2003 an. Berichterstatter war **Herr Adams**.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 404. Plenartagung am 10./11. Dezember 2003 (Sitzung vom 10. Dezember) mit 81 Stimmen gegen 1 Stimme bei 3 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

*
* *

1. Einleitung

- 1.1 Die Mitteilung über die integrierte Produktpolitik (IPP) gehört zu den koordinierten Initiativen der Kommission, mit der das Problem der Nachhaltigkeit bei Produktion und Verbrauch in Angriff genommen wird – in diesem Falle unter besonderer Bezugnahme auf die Planung des Lebenszyklus der Produkte und die Minimierung des Abfalls und der negativen Umweltauswirkungen. Sie ist Teil einer umfassenderen Strategie, mit der die Europäische Union anerkennt, dass eine nicht nachhaltige Produktion und ein ebensolcher Konsum Faktoren sind, die zu Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit in der Welt beitragen.
- 1.2 Die Europäische Union setzt sich stark für eine nachhaltige Entwicklung ein. Dies zeigt sich immer deutlicher in zahlreichen Erklärungen und Strategien im Vorfeld und zur Unterstützung der auf dem Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2002 verabschiedeten Erklärung von Johannesburg. In dieser Erklärung wurde eine gemeinsame Verantwortung für die Erreichung der folgenden Ziele festgelegt: Beseitigung der Armut, Veränderung der Konsumgewohnheiten und Produktionsweisen sowie Schutz und Bewirtschaftung des Bestands an natürlichen Ressourcen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufbaut. Darüber hinaus verabschiedete die Europäische Kommission einen im März 2002 vorgelegten Bericht über "Umwelttechnologie für eine nachhaltige Entwicklung"¹ und eine Mitteilung zum Thema "Ausarbeitung eines Aktionsplans für Umwelttechnologie"² sowie in jüngster

¹ KOM(2002) 122 endg.

² KOM(2003) 131 endg.

Zeit die Mitteilung "Entwicklung einer thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen"³.

- 1.3 Die Mitteilung der Kommission über die integrierte Produktpolitik (IPP) entstand aus ihrem Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und der Anerkennung der Tatsache, dass die IPP ein wichtiges Element der künftigen thematischen Strategien für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und die Vermeidung und das Recycling von Abfällen darstellt und ganz allgemein die nachhaltige Entwicklung fördern kann; sie hat daher sowohl die Erreichung der Umweltschutzziele als auch die Beseitigung der Armut in der Welt zum Gegenstand.
- 1.4 In der Mitteilung wird festgestellt, dass die Produktpolitik einer umweltbezogenen Dimension bedarf, da aufgrund eines höheren verfügbaren Einkommens die Gesamtmenge der Produkte in Europa zunimmt. Gleichzeitig muss auch die weltweite Realität der Armut berücksichtigt werden, weil die IPP einen wichtigen Aspekt des Engagements der EU für eine weltweite nachhaltige Entwicklung darstellt. Die ärmsten 40 Prozent der Weltbevölkerung haben einen Anteil von nur 11 Prozent am weltweiten Konsum; auf die reichsten 15 Prozent entfallen 56 Prozent. Immer mehr Importe von Ressourcen tragen ebenfalls mit dazu bei, dass die Umweltbelastung von den konsumierenden auf die exportierenden Länder verlagert wird. Zurzeit machen die Einfuhren nahezu 40% des gesamten Rohstoffbedarfs der EU aus, wobei die Importzahlen in den 90er Jahren besonders schnell gestiegen sind⁴.
- 1.4.1 Armut, Umweltzerstörung und die daraus resultierende Verzweiflung sind nicht nur moralisch inakzeptabel, sie sind auch mitverantwortlich für die Destabilisierung von Ländern und sogar ganzen Regionen. Unter den vielfältigen Ursachen und Auswirkungen von Armut spielen eine nicht nachhaltige Produktion und ein nicht nachhaltiger Verbrauch eine höchst bedeutende Rolle bei den Fragen und Problemen, die mit Hilfe der EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung gelöst werden sollen.
- 1.5 Die EU hat darauf gedrängt, die Frage des nachhaltigen Konsums und der nachhaltigen Produktion bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Plan zur Umsetzung der Ergebnisse des Johannesburger Gipfels anzugehen. Die Entscheidung, sie erst 2010/2011 zu erörtern, weist auf ein grundlegendes Problem hin. Länder mit einer sich seit kurzem entwickelnden Wirtschaft melden Vorbehalte an, weil sie befürchten, dass die Nachhaltigkeit eine Drosselung des Wirtschaftswachstums mit sich bringen könnte, während viele wirtschaftlich entwickelte Länder Produktions- und Konsummuster aufweisen, die erheblicher Anpassungen bedürfen, damit sie nachhaltig werden. Wenn das Ziel eines nachhaltigen Wachstums auf eine Art und Weise erreicht werden soll, die die Erfüllung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Industrie- und der Entwicklungsländer gewährleistet, so muss die Wirtschaftstätigkeit stärker die Kri-

³ KOM(2003) 572 endg.

⁴ Siehe *Die Umwelt in Europa: Der Dritte Lagebericht*, Europäische Umweltagentur, Mai 2003.

terien und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigen. Dies könnte beinhalten, dass eine klarere Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf positive menschliche Werte gefördert wird, wie persönliche Entwicklung und Lebensqualität, Beteiligung an der Gesellschaft, Demokratie und Gerechtigkeit. Darüber hinaus wird dies eine Überwachung der wirtschaftlichen Leistung entsprechend dieser Ziele mit sich bringen. Gleichzeitig müssten unnötige Kosten vermieden werden, die die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand bremsen könnten.

- 1.6 Der EWSA hat beständig und mit Nachdruck versucht, in seinen Stellungnahmen soweit angemessen, zu nachhaltiger Entwicklung führende Grundsätze anzuwenden. Insbesondere hat der EWSA die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in seinen Stellungnahmen zu dem Vorschlag der Kommission zu Verpackungsabfällen⁵, zu der Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte⁶, zu der Mitteilung der Kommission über die Umstrukturierung der EU-Fischerei⁷, zu der Mitteilung der Kommission über eine Strategie für die nachhaltige Entwicklung der europäischen Aquakultur⁸ und in seiner Initiativstellungnahme zur Lissabon-Strategie der EU und nachhaltigen Entwicklung⁹ befürwortet.
- 1.7 Schwerpunkt der Mitteilung der Kommission über die integrierte Produktpolitik (IPP) ist die dringende Notwendigkeit, die nachteiligen Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen im Laufe ihres Lebenszyklus zu reduzieren, da die Erde weder die Umweltverschmutzung unbegrenzt verkraften kann noch über unerschöpfliche natürliche Ressourcen verfügt. Es muss der gesamte Lebenszyklus der Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt und verhindert werden, dass die negativen Umweltauswirkungen bloß von einer Lebenszyklusphase auf die nächste verlagert werden. Ein solcher Ansatz setzt eine Veränderung in der Sichtweise der Unternehmen und im Verbraucherverhalten sowohl in Europa als auch in allen anderen wirtschaftlich entwickelten Ländern voraus.
- 1.7.1 Die wichtigste Herausforderung liegt darin, gleichzeitig den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen, die erheblich von der Produktherstellung und dem Produktkonsum beeinflusst werden. Die integrierte Produktpolitik (IPP), die marktorientierte (*market based*) Instrumente mit den herkömmlichen Instrumenten von Vorschriften und Überwachung (*command and control*) verbindet, bietet neue Lösungen und Möglichkeiten, eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen.

5 ABl. C 221 vom 17.9.2002, S. 31-36.

6 ABl. C 367 vom 20.12.2000, S. 33.

7 CESE 579/2003, 14.5.2003.

8 CESE 595/2003, 15.5.2003.

9 ABl. C 221 vom 17.9.2002.

- 1.8 Die Erfahrung hat gezeigt, dass in den Ländern Europas einige Erfolge bei der effizienten Nutzung der natürlichen Ressourcen erzielt wurden, was zu einer Stabilisierung der Gesamtmenge an verbrauchten Rohstoffen im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum beigetragen hat. Jedoch ist keine Verringerung der Materialströme in absoluten Zahlen zu verzeichnen¹⁰. Dies bedeutet, dass die Umweltbelastung im Zusammenhang mit der Ressourcennutzung dauerhaft hoch bleibt, und ein Rückgang in absoluten Zahlen in gewissen Ländern zeigt, dass ein Weitermachen wie bisher nicht zu einer geringeren Ressourcennutzung führt. Ferner wird nach dem EU-Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten die Tendenz zu einem Anstieg der Materialströme bestehen, da sie denselben materiellen und Produktwohlstand anstreben.¹¹
- 1.9 Trotz der Verbesserungen bei der Minimierung der Folgen für die Umwelt und trotz der Anstrengungen zur Verringerung der Unterschiede im Wohlstand zwischen den reichen und armen Ländern trägt die Nettobilanz der aktuellen Produktions- und Konsummuster in den Industrieländern zu stärkeren weltweiten Umweltauswirkungen bei. Sie gehört zu den Faktoren, die die Fähigkeit der ärmeren Länder beeinträchtigen, den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand aufzuholen. Wenn die Industrieländer die von ihnen verursachten Umweltauswirkungen erheblich reduzieren, einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten und ihrer Rolle bei der Umsetzung der von der UN für das neue Jahrtausend gesetzten Entwicklungsziele gerecht werden wollen, so ist eine Strategie für nachhaltige Entwicklung erforderlich, die quer durch alle Wirtschaftsbereiche angewandt werden und von den Regierungen und anderen institutionellen Akteuren mitgetragen werden kann.
- 1.10 Diese Feststellung wird in der IPP-Mitteilung anerkannt, in der es heißt: "Die Herausforderung liegt darin, die Verbesserung des Lebensstils und des Wohlergehens - die oft direkt durch Produkte beeinflusst werden - mit dem Umweltschutz zu verbinden." Die integrierte Produktpolitik ist daher grundlegender Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie. Zurzeit wird außerdem an folgenden Maßnahmen gearbeitet: einer Strategie zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, einer thematischen Abfallstrategie mit stärkerem Gewicht auf der Abfallvermeidung¹² sowie der Förderung der umweltgerechten Beschaffung und der Begünstigung umweltverträglicher Technologien¹³. Was in dieser Reihe strategischer Initiativen der Kommission zur nachhaltigen Entwicklung noch angemessen behandelt werden muss, ist die komplexeste Frage: wie können wir unser Verhalten ändern, um nachhaltigere Produktions- und Verbrauchsmuster zu erreichen?

¹⁰ Resource use in European Countries - an estimate of materials and waste streams in the Community, including imports and exports using the instrument of material flow analysis, März 2003 – ETC/WMF und EUA.

¹¹ Aus dem dritten Umweltlagebericht der EUA (a.a.O.) geht hervor, dass die EU-Mitgliedstaaten Mühe haben werden, eine Entwicklung zu vermeiden, die in Richtung eines unnachhaltig hohen Niveaus an Rohstoffverbrauch geht.

¹² KOM(2003) 301 endg.

¹³ KOM(2003) 131 endg.

- 1.11 Gegenstand dieser Stellungnahme ist daher nicht nur die direkte Auseinandersetzung mit der Mitteilung der Kommission über eine IPP, sondern es wird außerdem darauf hingewiesen, dass eine solche Strategie nur erfolgreich sein kann, wenn im Hinblick auf die Adressaten Fortschritte erzielt werden. Dies wird eine aktive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren mit sich bringen - Industrie, Handel, Dienstleistungssektor, im Bereich der Umwelt tätige NRO, Verbraucher und Regierungen. Der EWSA, der die Sichtweise der Zivilgesellschaft vertritt, ist der Auffassung, dass es erforderlich ist, auch Schlüsselemente zu ermitteln, die eine positive Resonanz auf die Nachhaltigkeit fördern.
- 1.12 Die Einbeziehung der Unternehmen und der anderen vorgenannten relevanten Akteure beinhaltet einerseits eine kohärente Informationspolitik, insbesondere in Bezug auf die Instrumente zur Förderung umweltbezogener Verbesserungen während des gesamten Herstellungsprozesses und Lebenszyklus der Produkte, andererseits eine Strategie zur Einführung der Innovation, zur Ermittlung von für alle Seiten Gewinn bringenden Möglichkeiten (*win-win options*) und zur Anwendung der ermittelten bewährten Praktiken und Lösungen unter Nutzung der von ihnen gebotenen Möglichkeiten.

2. Wesentlicher Inhalt der Mitteilung

- 2.1 Die IPP zielt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung durch die Verringerung der negativen Umweltauswirkungen von Produkten über ihren gesamten Lebenszyklus "von der Wiege bis zur Bahre" zu fördern. Der Lebenszyklus eines Produkts ist oft lang und kompliziert. Er umfasst alle Bereiche von der Gewinnung der natürlichen Ressourcen über den Entwurf, die Herstellung, den Zusammenbau, die Vermarktung, den Vertrieb, den Verkauf und den Gebrauch des Produkts bis hin zu seiner letztlichen Entsorgung als Abfall. Gleichzeitig sind viele verschiedene Akteure wie Konstrukteure, die Industrie, Großhändler, Importeure, Einzelhändler, der Dienstleistungssektor, Marketingfachleute und Verbraucher an diesem Zyklus beteiligt. Die IPP bemüht sich, jedes Element dieser einzelnen Phasen zu stimulieren, um ihre Umweltleistung zu verbessern.
- 2.2 Es wird darauf hingewiesen, dass es angesichts der Vielfalt an Produkten und Akteuren nicht eine einzige, einfache und allgemeingültige politische Maßnahme geben kann. Stattdessen wird eine ganze Reihe unterschiedlicher Instrumente - sowohl freiwillige als auch verbindliche - vorgeschlagen, um dieses Ziel zu erreichen. Hierzu gehören Maßnahmen wie wirtschaftliche Instrumente, das Verbot bestimmter Stoffe, freiwillige Vereinbarungen, die Umweltkennzeichnung und Leitlinien zur Produktgestaltung.

2.3 Um eine laufende Verbesserung der Umweltleistung der Produkte anzuregen, werden zwei Maßnahmen anvisiert:

- Schaffung der Rahmenbedingungen für die laufende Verbesserung der Umwelteigenschaften aller Produkte während ihres gesamten Lebenszyklus (Herstellung, Verwendung und Entsorgung),
- schwerpunktmäßige Ausrichtung auf Produkte mit den größten Möglichkeiten für umweltbezogene Verbesserungen.

2.4 Diese Maßnahmen sollten entsprechend den IPP-Grundsätzen wie Lebenszyklusansatz, Einbeziehung aller Akteure und laufende Verbesserung durchgeführt werden.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1 Die Mitteilung über die IPP folgt dem Grünbuch der Kommission von Februar 2001, mit dem eine breite Konsultation der interessierten Kreise zu diesem Thema eingeleitet wurde. Der EWSA verabschiedete seine Stellungnahme zu diesem Grünbuch im Juli 2001¹⁴.

3.2 In seiner Stellungnahme zum Grünbuch begrüßte der EWSA zwar die Absichten der IPP, betonte aber eine Reihe von Bedenken hinsichtlich des vorgeschlagenen Ansatzes. Diese Bedenken betrafen Folgendes:

- a) die Abhängigkeit von generellen Besteuerungsinstrumenten, die im Umweltbereich seit jeher strittig sind und sich bisher zur effektiven Reduzierung der Umweltauswirkungen im Produktionssektor als wenig wirksam erwiesen haben,
- b) das übermäßige Vertrauen in verschiedene Formen des Umweltkennzeichnungsprozesses als Kaufanreiz für Verbraucher und Unternehmen¹⁵,
- c) die mangelnde Anerkennung von Verbraucheraufklärungskampagnen,
- d) das Herunterspielen der Tatsache, dass Instrumente wie Ökobilanzierung (LCA) oder Öko-Design, die von so zentraler Bedeutung sind, auch umfangreiche Finanzmittel und große Managementanstrengungen erforderlich machen,
- e) die Notwendigkeit, verstärkt KMU-bezogene Maßnahmen zur Forschungs- und Innovationsförderung zu ergreifen, die insbesondere auf die Informationsverbreitung und die

¹⁴ ABl. C 260 vom 17.9.2001, S. 35-38.

¹⁵ Ziffer 3.2.4, CES 776/97, ABl. C 296 vom 29.9.1997, S. 77.

Erarbeitung von Innovationsprozessen zur Entwicklung umweltfreundlicherer Produkte abzielen.

- 3.3 Positiv zu vermerken ist, dass die auf das Grünbuch folgende Mitteilung die Zuteilung von Ressourcen für die Methoden zur Produktauswahl und Produktpilotprojekte vorsieht. Es wird vorgeschlagen, von der Kommission geleitete Arbeitsgruppen zu bilden und einige Lenkungsmechanismen einzuführen. Darüber hinaus verpflichtet sich die Kommission dazu,
- a) IPP-Indikatoren zur Messung der Verbesserungen der Umwelt zu entwickeln,
 - b) ein Rahmenwerk für die laufende Verbesserung der Umwelt vorzusehen, einschließlich der Prüfung der Wirksamkeit vorhandener politischer Instrumente,
 - c) die Anwendung des Lebenszyklusansatzes durch die Unterstützung freiwilliger, auf EU-Ebene durchgeführter Pilotprojekte in Bezug auf einzelne Produkte, die den Nutzen der IPP aufzeigen sollen und mit deren Hilfe Erfahrung mit der Wirkungsweise der IPP gesammelt werden soll, sowie sonstige Forschung und Entwicklung zu fördern,
 - d) von den Mitgliedstaaten zu verlangen, über die Umsetzung der IPP Bericht zu erstatten,
 - e) zu betonen, wie wichtig es ist, den Verbrauchern mit Hilfe von Kennzeichnung usw. Informationen vor dem Hintergrund an die Hand zu geben, dass die Verbraucher heutzutage stärker daran gewöhnt sind, über Informationen zur Herstellung zu verfügen, um ihnen beim Kauf von Produkten eine sachkundige Wahl zu erleichtern,
 - f) sich die positiven Aspekte des Marktes zunutze zu machen, indem sie Anreize für Angebot und Innovation schafft,
 - g) die Mitgliedstaaten aufzufordern, Aktionspläne für eine umweltfreundlichere öffentliche Beschaffung zu erstellen und klarzustellen, in welchem Umfang die Behörden Nachhaltigkeitskriterien anwenden können, insbesondere in den Bereichen, in denen sie auch als Dienstleister auftreten.
- 3.4 Die IPP-Mitteilung beschreibt im Wesentlichen einen ausgedehnten Prozess, der in Verbindung mit einem Bündel anderer Initiativen mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Allgemeinen und einer geringeren Ressourcennutzung sowie geringeren Umweltauswirkungen des Abfallaufkommens im Besonderen ablaufen wird. Dennoch könnte stärker anerkannt werden, dass ein klarerer, wissensbasierter gesellschaftlicher Konsens und die – sowohl von den Verbrauchern als auch von den Herstellern ausgehende – Zugkraft des Marktes notwendig sind und letztlich eine abgestimmte politische Führung im Rahmen einer umfassenden Politik erforderlich ist, um die unter Ziffer 3.3 genannten positiven Maßnahmen erfolgreich durchführen zu können.

4. Besondere Bemerkungen

- 4.1 Der EWSA begrüßt zwar den Vorschlag, zur Erforschung des operativen Denkens Pilotprojekte durchzuführen, anhand derer weitere Anregungen formuliert und auf deren Grundlage Maßnahmen für die nachhaltige Entwicklung ausgewählt werden können, stellt aber auch fest, dass nicht immer für den Erfolg der IPP unbedingt notwendige Bereiche abgedeckt werden, da diese Projekte freiwillig sind. Die Erzielung allmählicher weiterer Fortschritte bei der praktischen Umsetzung von Aspekten der IPP sollte nicht nur von den Ergebnissen freiwilliger Pilotprojekte abhängen.
- 4.1.1 Gleichzeitig sollten die sozialen Kosten im Verhältnis zum Nutzen analysiert und die Umweltverträglichkeit alternativer Strategien geprüft und auf dieser Grundlage sichergestellt werden, dass die wirksamsten Verfahrensweisen vereinbart und angewandt werden. Solche Analysen sollten auch Abschätzungen der Folgen für den freien Warenverkehr im Binnenmarkt einschließen.
- 4.2 Der EWSA ist sich zwar darüber im Klaren, dass die Mitteilung der Kommission weder neu verfasst noch abgeändert werden kann, fordert aber die Kommission auf, die folgenden Punkte bei der Formulierung etwaiger späterer politischer Strategien oder Maßnahmen zur Weiterentwicklung der IPP zu berücksichtigen:
- a) eine umfassendere Einführung in die Rolle der IPP bei der Erfüllung der im Sechsten Umweltaktionsprogramm und ähnlichen politischen Programmen eingegangenen besonderen Verpflichtungen, insbesondere die Anerkennung der innerhalb der bereits vorhandenen politischen Rahmenwerke bestehenden Zielvorgaben der Gemeinschaft im Bereich Umwelt und Gesundheit,
 - b) klare Angaben zur Richtung und zum Umfang der erforderlichen künftigen Innovationen,
 - c) die Verpflichtung, anhand der Vielfalt der im Sechsten Umweltaktionsprogramm der EU genannten politischen Instrumente die am besten geeignete und wirksamste politische Option zu entwickeln. Dies sollte Folgendes einschließen:
 - i. die Festlegung klarer umweltpolitischer Ziele und Ambitionen auf der Grundlage bereits vorhandener Politiken und Strategien wie Kyoto, das Rahmenwerk der Europäischen Gemeinschaft für die Luftqualität, künftige Abfallvermeidung, Recycling und Ressourcenstrategien sowie Verzeichnisse mit chemischen Stoffen, für die Einschränkungen gelten (wie OSPAR oder das Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe),
 - ii. die Festlegung eines Zeitrahmens, den Umfang (welche Produkte oder Funktionsbereiche), Indikatoren, eine Bewertung und die Berichterstattung,

- iii. die Bildung eines IPP-Lenkungsausschusses und von Folgearbeitsgruppen, die sich mit spezifischen IPP-Instrumenten befassen,
- iv. die Festlegung von Regeln und Strukturen für eine ausgewogene Mitwirkung der Akteure sowohl auf Lenkungsebene als auch in den Arbeitsgruppen und bei produktspezifischen Initiativen,
- v. die Integration der IPP-Ziele und –Vorgaben in die Verfahren zur öffentlichen Vergabe von Waren und Dienstleistungen,
- vi. den Aufbau auf die bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über schädliche Stoffe und bestehende Verpflichtungen zur Schwerpunktsetzung bezüglich der Produkte bei der Entscheidung, eine spezifische Produktgesetzgebung zu schaffen, die Mindestanforderungen für die Produkte aufstellt, die die größten Auswirkungen auf die Umwelt haben, und sich mit den miteinander verknüpften Fragen der Analyse und der Begriffsbestimmung befasst,
- vii. die Integration des Konzepts des Lebenszyklus der Produkte und des Öko-Designs mit Hilfe einer laufenden Verbesserung mit extern und unabhängig gesetzten Zielen und Bezugswerten, an denen diese gemessen werden kann, für alle Hersteller zu verallgemeinern,
- viii. die Bereitstellung der nötigen Ressourcen, um den Herstellern, politischen Entscheidungsträgern und den am Normungsprozess Beteiligten unerlässliche und unabhängige technische Informationen wie Daten zum Lebenszyklus der Produkte und Produktvergleichstests (beste verfügbare Technik (BVT) usw.) zur Verfügung stellen zu können,
- ix. die Überwachung potenzieller künftiger "Tochterinitiativen" wie die Öko-Design-Rahmenregelung für Energie verbrauchende Produkte¹⁶, um stark voneinander abweichende Methoden zu vermeiden,
- x. die Verpflichtung, die Verfügbarkeit umfassender Daten zum Lebenszyklus vorrangiger Produkte zu verbessern und auf eine Standardisierung der Datenformate hinzuwirken,
- xi. eine konkrete Förderung wirtschaftlicher Instrumente,

16

Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte und zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG des Rates.

- xii. ungeachtet der Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen der Bewertung der Auswirkungen auf die Wirtschaft und dem Umweltschutz sowie zwischen der Herstellerhaftung und der Verantwortung der Verbraucher, ist ein klarer Fahrplan erforderlich, um die Hersteller und Verbraucher dazu anzuhalten, einen nachhaltigeren Prozess über den gesamten Lebenszyklus der Produkte hinweg, d.h. "von der Wiege bis zur Bahre", zu unterstützen,
- xiii. die Anerkennung der Notwendigkeit, leistungsfähige, maßgeschneiderte Ressourcen wie ein IPP- oder Benchmarking-Institut einzurichten, und Schaffung wichtiger "Verbraucherinformationssysteme" wie EU-weite Ökoteam-Netze,
- xiv. die Anerkennung, dass ein wirkungsvoller Einsatz der IPP zur Minimierung der Umweltauswirkungen und der Ressourcennutzung einen klareren Rahmen erfordern wird, der alle laufenden Initiativen miteinander verknüpft, sowie die Fähigkeit, neue allgemeine politische Themen einzuführen, wie die Stärkung des Verbraucherbewusstseins und die Schaffung eines aktiven gesellschaftlichen Konsenses in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung,
- xv. die Anerkennung, dass langfristig weitere Maßnahmen erforderlich sein könnten, um die Wirtschaftstätigkeit allmählich an die vereinbarten Vorhaben zur Förderung der Nachhaltigkeit anzupassen,
- xvi. die Anerkennung der Tatsache, dass die KMU bei der Forschung und den Kosten für die Durchführung der IPP-Initiativen besonderen Problemen gegenüberstehen, sowie der Notwendigkeit, den kleineren Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und dem Dienstleistungssektor, die sich nachhaltigen Methoden verschreiben, praktische Unterstützung zukommen zu lassen,
- xvii. die Förderung der disziplinübergreifenden Forschung, um die Herausforderungen und Chancen zu ermitteln, die eine nachhaltige Produktion und ein ebensolcher Konsum mit sich bringen,
- xviii. die Stärkung der Rolle der Forschung, um die wissenschaftlichen Kenntnisse über die Umweltauswirkungen der verschiedenen Produkte umzusetzen und eine solide Grundlage für die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu schaffen.

5. Zusammenfassung

- 5.1 Der EWSA ist der Auffassung, dass die Zivilgesellschaft die Notwendigkeit einer in Bezug auf die Umwelt vorausschauenden und ausgewogenen Politik, die auf eine nachhaltigere Produktion und einen nachhaltigeren Konsum abzielt, anerkennt. Er betrachtet diese Mitteilung

als eine gute Ausgangsbasis. Die integrierte Produktpolitik kann einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Umsetzung der Prioritäten der EU im Bereich des Umweltschutzes leisten, könnte aber, wie eingangs dargelegt, durch einen klareren und genaueren politischen Ansatz verbessert werden.

- 5.2 Der EWSA ist der Auffassung, dass sich in der Zivilgesellschaft allmählich die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels hin zu einer wirklich nachhaltigen Produktion und einem ebensolchen Konsum abzeichnet, auch wenn nicht die entsprechende Bereitschaft besteht, auf persönlicher Ebene kohärente Änderungen im Verhalten und im Lebensstil hinzunehmen. Um dieses Bewusstsein zu fördern, müssen neue Prioritäten in Bezug auf den Markt gesetzt werden – eine Partnerschaft zwischen den Verbrauchern und den Herstellern ist notwendig. Die Verbraucher wollen, dass Industrie und Regierung neue Wege weisen, die Industrie benötigt eine gesicherte Unterstützung seitens der Verbraucher und gezielte Marktinitiativen und die Regierung erwartet von der Zivilgesellschaft neue Anstöße für weitere Nachhaltigkeitsinitiativen. Der EWSA fordert die Kommission nachdrücklich auf, sich verstärkt um eine Nachhaltigkeitsstrategie zu bemühen, da sich die nicht nachhaltige Produktion und der nicht nachhaltige Konsum in der heutigen Welt als die für die Umwelt schädlichsten Elemente erweisen könnten.^{17 18}

Brüssel, den 10. Dezember 2003

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Roger Briesch

Patrick Venturini

¹⁷ Schlussfolgerung des im Juli 2003 veröffentlichten Berichts *Green Choice: what choice?* über ein Forschungsprogramm des britischen nationalen Verbraucherverbands.

¹⁸ *Policies for Sustainable Consumption*, September 2003, Kommission für nachhaltige Entwicklung des Vereinigten Königreichs.